infratest dimap

August 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 1

Regierungszufriedenheit: Kritik überwiegt, Grüne am besten beurteilt 2

Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck weiter vorn 4

Sonntagsfrage: SPD verliert weiter an Rückhalt, CDU/CSU mit Gewinnen 5

Entlastungsmaßnahmen eher für Menschen mit niedrigen Einkommen, Finanzierung umstritten 6

Ukraine-Politik: Meinungen gehen auseinander 9

Große Mehrheit unterstützt Ziel der Energie-Unabhängigkeit von Russland 10

Weiterer Umgang mit der Atomkraft in Deutschland bleibt umstritten 12

Mehrheit möchte Isolationspflicht für Corona-Infizierte beibehalten 13

Studieninformation 15

Zusammenfassung

Auch Anfang August bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit der Bundesregierung mehrheitlich negativ. Derzeit sind nur noch 36 Prozent mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, der bisher schlechteste Wert für die Ampelregierung seit deren Amtsantritt im Dezember. Von den drei an der Ampelregierung beteiligten Parteien fällt die Bewertung für die Grünen noch am besten aus (43 Prozent). Verschlechtert hat sich das Urteil der Deutschen über die Regierungsarbeit der SPD (34 Prozent, -3) und insbesondere der FDP. Nur noch ein Viertel attestiert den Liberalen eine gute Arbeit im Bundeskabinett (24 Prozent,-12).

Die vergleichsweise positive Bewertung der grünen Regierungsarbeit hängt auch mit ihrem Spitzenpersonal zusammen. Wie schon in den Vormonaten, werden Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck – trotz Rückgängen – am besten bewertet. Sie sind die beiden einzigen abgefragten Kabinettsmitglieder, mit deren Arbeit sich zumindest jeder zweite Bundesbürger zufrieden zeigt (55 bzw. 50 Prozent). Bemerkenswert ist ihre Strahlkraft über die eigene Wählerschaft hinaus: Selbst die Anhänger von CDU/CSU stellen den beiden mehrheitlich ein positives Zeugnis aus. Mit der Arbeit von Bundeskanzler Olaf Scholz sind aktuell 42 Prozent zufrieden, ein leichter Rückgang gegenüber Juli (-2). Christian Lindner erzielt mit nur noch 30 Prozent (-7) einen neuen Negativrekord in seiner Amtszeit als Finanzminister. In der derzeitigen politischen Stimmung liegen denn auch die Grünen mit 23 Prozent (+/-0) deutlich vor ihren Koalitionspartnern SPD mit 17 Prozent (-2) und der FDP mit 7 Prozent (-1). Stärkste Kraft wäre weiter die CDU/CSU mit 28 Prozent (+1). Die AfD verbessert sich gegenüber dem Vormonat und liegt momentan bei 13 Prozent (+2). Die Linke würde auch in diesem Monat mit 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern (+/-0).

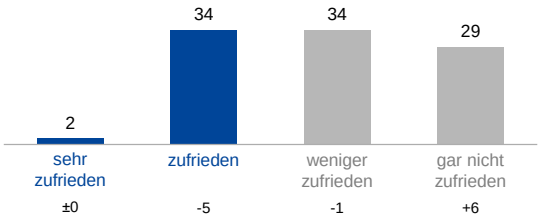
Die zurückhaltende Bewertung der Bundesregierung hängt sicherlich auch mit den zunehmenden Spannungen zwischen den Ampelparteien rund um mögliche weitere Entlastungspakete zusammen. 41 Prozent sprechen sich aktuell dafür aus, möglichst alle Bürger zu entlasten. Mit 56 Prozent bevorzugt eine knappe Mehrheit Entlastungen nur für Menschen mit niedrigem Einkommen. Zur Finanzierung werden höhere Schulden etwas stärker bevorzugt als höhere Steuern (46:36 Prozent). Deutliche Mehrheiten für Steuererhöhungen gibt es unter SPD-Anhängern, eine klare Präferenz für mehr Schulden haben FDP- und AfD-Anhänger. Eine zusätzliche Steuer für Unternehmen, die in der aktuellen Krise besonders hohe Gewinne erzielen konnten, würde auf großen Rückhalt in der Bevölkerung stoßen (76 Prozent). Selbst unter FDP-Anhängern fände eine solche zusätzliche Steuer eine Mehrheit (58 Prozent).

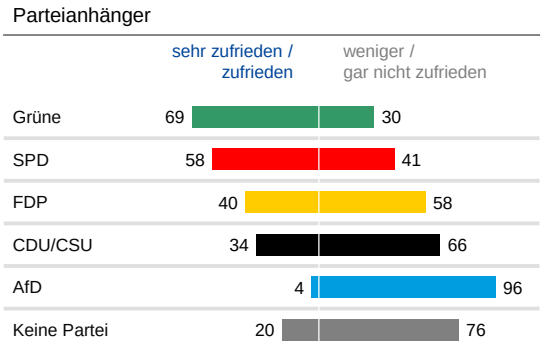
Hinsichtlich der Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland fällt das Urteil der Deutschen im August etwas zurückhaltender aus, die Stimmungslage hat sich aber nicht grundsätzlich verändert: Nach wie vor hält eine relative Mehrheit (39 Prozent) das Ausmaß der Unterstützung der Ukraine mit Waffen für angemessen. Die Sanktionen gegen Russland werden nur von einer Minderheit (21 Prozent) abgelehnt. Das von der Bundesregierung ausgerufene Ziel, Deutschland von russischen Energieimporten unabhängig zu machen, findet in der Bevölkerung breiten Anklang. Sieben von zehn sprechen sich dafür aus. Im Osten des Landes genießt dieses Ansinnen deutlich weniger Unterstützung als im Westen (54:76 Prozent). Lediglich die AfD-Anhänger lehnen dieses Ziel mehrheitlich ab. Von den derzeitig diskutierten Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen, werden der schnellere Ausbau der Windenergie, ein befristetes Tempolimit und die verstärkte Nutzung der Kohlekraftwerke mehrheitlich unterstützt. Die Förderung von Fracking-Gas in Deutschland hält nur ein Viertel der Deutschen für eine gute Idee. Eine langfristige Nutzung der Atomenergie findet nach wie vor nur eine Minderheit der Deutschen richtig (41 Prozent). Ebenso viele (41 Prozent) können sich jedoch einen um einige Monate gestreckten Betrieb der letzten drei Atomkraftwerke vorstellen. Ein Sechstel der Deutschen (15 Prozent) möchte an der geplanten Stilllegung der Atomkraft zum Jahresende festhalten.

Mit Blick auf den künftigen Kurs zur Bekämpfung der Corona-Pandemie spricht sich eine Mehrheit der Wahlbevölkerung für die Beibehaltung einer Isolationspflicht für Infizierte aus.

Regierungszufriedenheit: Kritik überwiegt, Grüne am besten beurteilt

ARD-DeutschlandTREND August 2022
Zufriedenheit mit der Bundesregierung

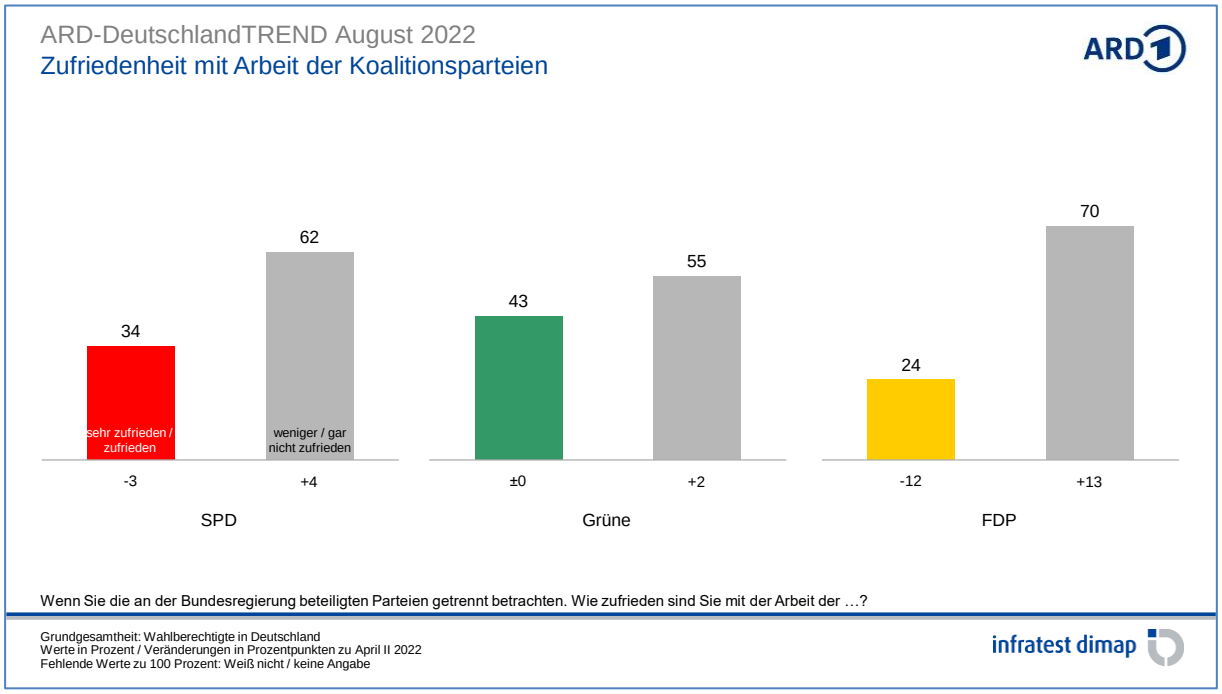




Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundesregierung?

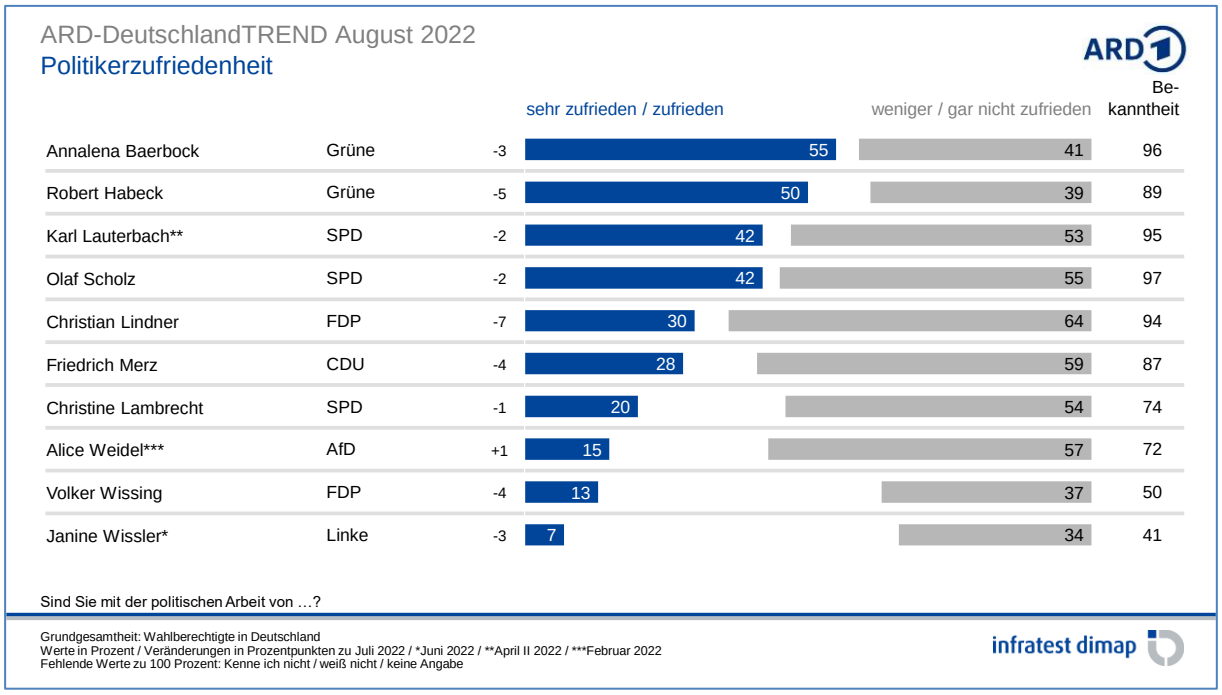
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Juli 2022
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Auch Anfang August bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit der Bundesregierung mehrheitlich negativ. Fiel in den ersten Kriegswochen das Urteil über die Bundesregierung noch positiv aus, nahm die Unterstützung in der Folge deutlich ab. Derzeit sind nur noch 36 Prozent mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden - der bisher schlechteste Wert für die Ampelregierung. Sechs von zehn üben Kritik (63 Prozent). Mehrheitlich positiv wird die Regierungsarbeit von Anhängern der Grünen (69:30 Prozent) und der SPD (58:41 Prozent) bewertet. Im Lager der mitregierenden FDP überwiegt wie bereits im Vormonat die Kritik (40:58 Prozent). Von den Anhängern der Union bewerten zwei Drittel die Arbeit der Ampelregierung negativ (34:66 Prozent), im Lager der AfD herrscht einstimmige Kritik (4:96 Prozent).



Von den drei an der Ampelregierung beteiligten Parteien erhalten die Grünen die beste Bewertung (43 Prozent), unverändert gegenüber Ende April. Verschlechtert hat sich das Urteil der Deutschen über die Regierungsarbeit der SPD (34 Prozent, -3) und insbesondere der FDP. Nur noch knapp ein Viertel attestieren den Liberalen eine gute Regierungsarbeit (24 Prozent, -12). Die Arbeit der FDP wird ausschließlich in der eigenen Anhängerschaft mehrheitlich positiv bewertet (82:16 Prozent), von den Anhängern der anderen Parteien erfahren die Liberalen überwiegend Kritik. Mit der Arbeit der Grünen ist neben den eigenen Anhängern (88:12 Prozent) auch eine Mehrheit der SPD-Anhänger zufrieden (55:45 Prozent). Im Lager von FDP (44:52 Prozent) und CDU/CSU (42:58 Prozent) überwiegt die Kritik nur leicht, die Anhänger der AfD äußern sich deutlich unzufrieden (4:96 Prozent). Die Sozialdemokraten erfahren nur im eigenen Lager überwiegend Zustimmung (80:19 Prozent). Die Anhänger der Grünen sind in ihrem Urteil geteilter Meinung (46:50 Prozent), bei FDP (32:64 Prozent) und CDU/CSU (23:76 Prozent) überwiegt die Kritik, deutlicher noch bei den Anhängern der AfD (7:92 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck weiter vorn

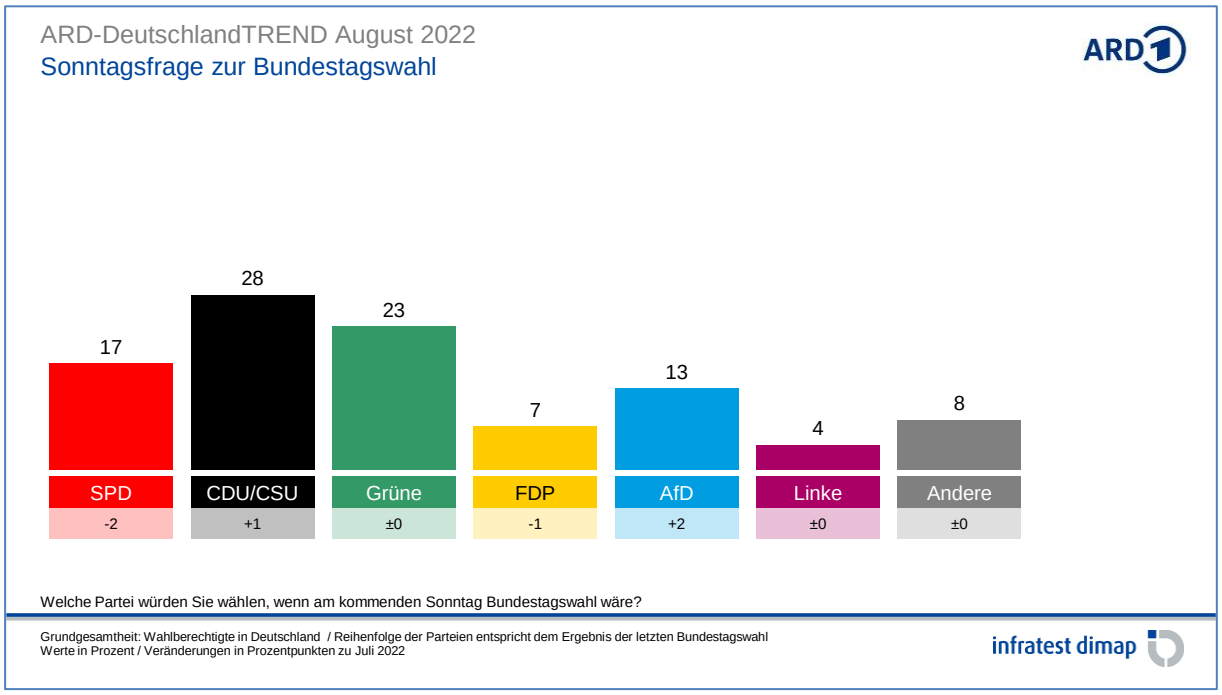


Die vergleichsweise positive Bewertung der grünen Regierungsarbeit hängt auch mit ihrem Spitzenpersonal zusammen. Wie schon in den Vormonaten bekommen Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck – trotz leichter Rückgänge bei der persönlichen Zufriedenheit – die besten Bewertungen. Sie sind die beiden einzigen abgefragten Kabinettsmitglieder, mit deren Arbeit zumindest jeder zweite Bundesbürger (55 bzw. 50 Prozent) zufrieden ist. Baerbock und Habeck entfalten zudem Strahlkraft über die eigene Wählerschaft hinaus: so stellen die Anhänger von CDU/CSU stellen den beiden mehrheitlich ein positives Zeugnis aus, was auf Bundeskanzler Olaf Scholz nicht zutrifft. Mit der Arbeit des Bundeskanzlers sind aktuell 42 Prozent zufrieden, ein leichter Rückgang gegenüber Juli (-2).

Christian Lindner erzielt mit nur noch 30 Prozent (-7) einen neuen Negativrekord in seiner Amtszeit als Finanzminister, die Anhänger von SPD und Grünen bewerten seine Arbeit mehrheitlich negativ. Auch Karl Lauterbach erfährt diesen Monat einen neuen Tiefstand (42 Prozent, -2 zu April 2022). Verteidigungsministerin Christine Lambrecht verliert ebenfalls an Zustimmung und wird von jedem Fünften positiv bewertet (20 Prozent). Sie landet damit deutlich hinter Oppositionsführer Friedrich Merz (28 Prozent, -4). Ebenfalls weit abgeschlagen kommt Alice Weidel auf eine Zustimmung von 15 Prozent (+1 zu Februar 2022), gefolgt von Volker Wissing (13 Prozent, -4) und Janine Wissler (7 Prozent, -3). Sowohl der FDP-Verkehrsminister als auch die Linken-Vorsitzende kämpfen wie in den Vormonaten mit Bekanntheitsdefiziten.

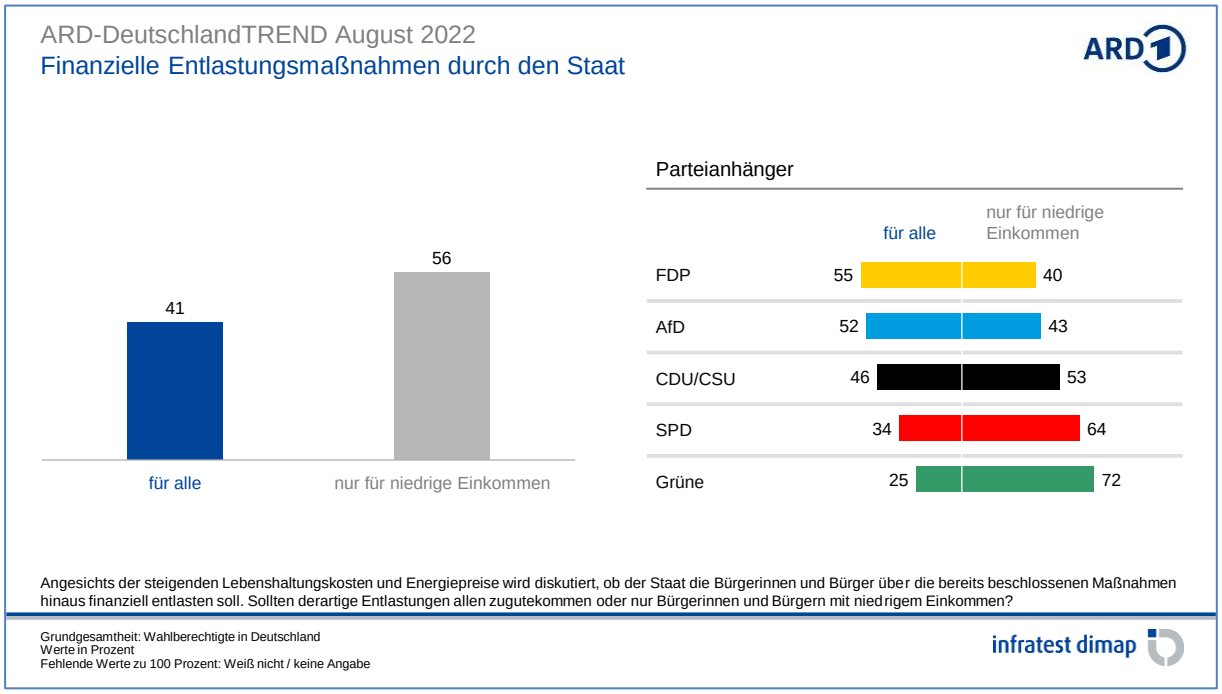
Sonntagsfrage: SPD verliert weiter an Rückhalt, CDU/CSU mit Gewinnen

In der derzeitigen politischen Stimmung liegen denn auch die Grünen mit 23 Prozent (+/-0) deutlich vor ihren Koalitionspartnern SPD mit 17 Prozent (-2) und der FDP mit 7 Prozent (-1). Stärkste Kraft wäre weiter die CDU/CSU mit 28 Prozent (+1). Die AfD verbessert sich gegenüber dem Vormonat und liegt momentan bei 13 Prozent (+2). Die Linke würde auch in diesem Monat mit 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern (+/-0).



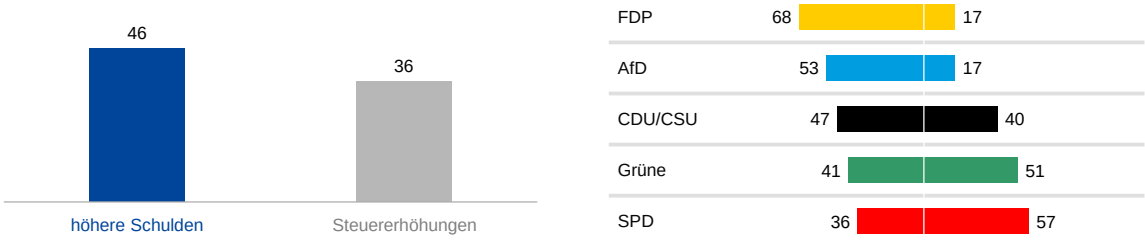
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

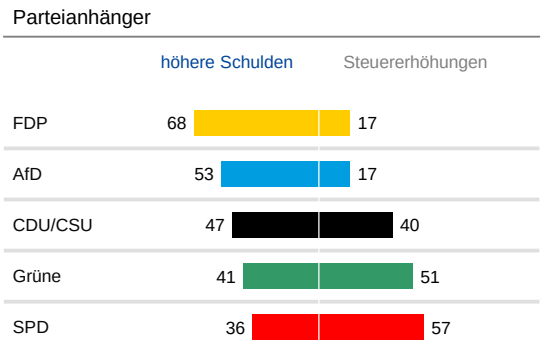
Entlastungsmaßnahmen eher für Menschen mit niedrigen Einkommen, Finanzierung umstritten



Die zurückhaltende Bewertung der Bundesregierung hängt sicherlich auch mit den zunehmenden Spannungen zwischen den Parteien rund um mögliche weitere Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger zusammen. 41 Prozent sind der Auffassung, dass bei staatlichen Maßnahmen alle Bürger entlastet werden sollten. Eine Mehrheit von 56 Prozent bevorzugt dagegen gezielte Entlastungen nur für Menschen mit niedrigem Einkommen. Von den Anhängern der FDP (55 Prozent) und der AfD (52 Prozent) spricht sich etwa die Hälfte dafür aus, dass alle Bürgerinnen und Bürger von Entlastungspaketen profitieren sollten, vier von zehn wünschen sich dagegen gezielte Entlastungen für Menschen mit niedrigem Einkommen. Im Lager der SPD sprechen sich sechs von zehn eher für Entlastungen von Haushalten mit niedrigem Einkommen aus, unter den Anhängern der Grünen sind es sieben von zehn. Während Menschen unter 50 Jahren in der Frage, wem Entlastungspakete zugutekommen sollten, eher gespalten sind, sprechen sich über 50-jährige eher dafür aus, dass Menschen mit niedrigem Einkommen vorrangig entlastet werden sollten.

ARD-DeutschlandTREND August 2022
Finanzierung der staatlichen Entlastungsmaßnahmen





Wie sollte der Staat diese Entlastungen gegebenenfalls finanzieren? Eher durch höhere Schulden oder eher durch Steuererhöhungen?

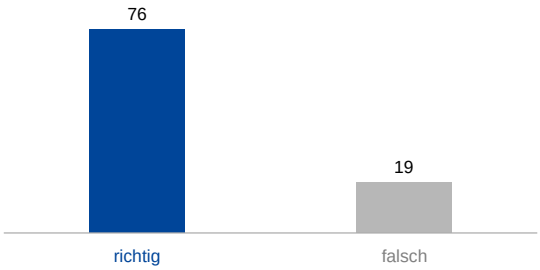
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

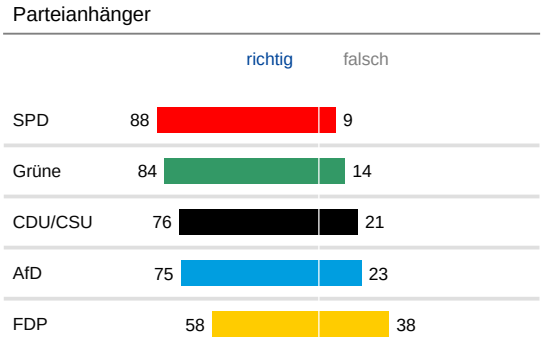
infratest dimap

Für die haushaltspolitische Kurssetzung zur Finanzierung von Entlastungsmaßnahmen sind sowohl höhere Schulden als auch Steuererhöhungen im Gespräch. Keines von beidem kann eine Mehrheit der Deutschen überzeugen. Mit 46 Prozent überwiegt die Präferenz für höhere Schulden in der Bevölkerung leicht. Vor allem Anhänger der FDP (68 Prozent) und der AfD (53 Prozent) präferieren diese Form der Finanzierung. Knapp vier von zehn (36 Prozent) setzen dagegen auf Steuererhöhungen. Dieses Mittel unterstützen sechs von zehn SPD-Anhänger (57 Prozent), sowie etwa die Hälfte der Anhänger der Grünen (51 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND August 2022

Zusätzliche Steuer für Unternehmen mit außergewöhnlich hohen Gewinnen





Im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und seinen wirtschafts- und energiepolitischen Folgen für Deutschland wird über verschiedene Maßnahmen diskutiert. Geben Sie bitte zu den folgenden Maßnahmen an, ob diese aus Ihrer Sicht richtig oder falsch sind.

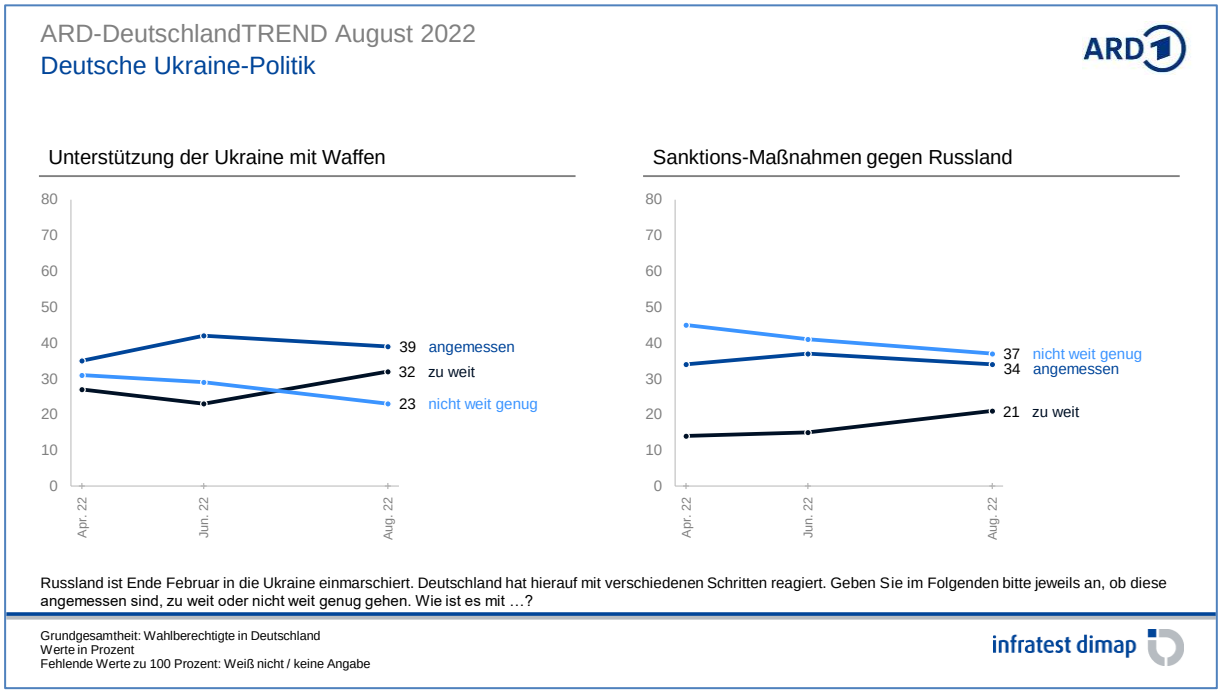
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Auch wenn Steuererhöhungen im Allgemeinen nicht auf großen Rückhalt in der Bevölkerung stoßen, spricht sich doch ein großer Teil der Deutschen für eine sogenannte Übergewinnsteuer für Unternehmen aus, die in der aktuellen Krise außergewöhnlich hohe Gewinne erzielen. Drei Viertel unterstützen eine solche Steuer (76 Prozent), jeder Fünfte ist dagegen (19 Prozent). Die Unterstützung fällt unter Anhängern von SPD (88 Prozent) und Grünen (84 Prozent) besonders hoch aus. Auch bei den Anhängern von CDU/CSU (76 Prozent) und AfD (75 Prozent) sprechen sich drei Viertel für eine Übergewinnsteuer aus. Selbst unter FDP-Anhängern fände eine solche zusätzliche Steuer eine Mehrheit (58 Prozent).

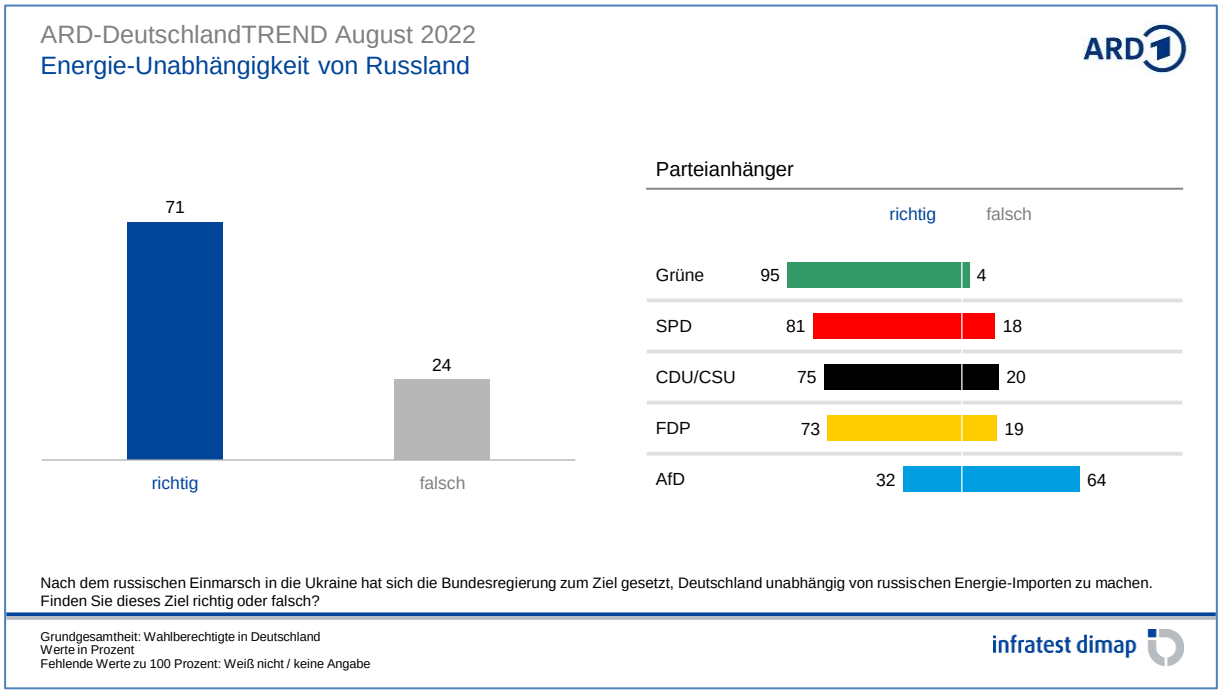
Ukraine-Politik: Meinungen gehen auseinander

Die Kämpfe in der Ukraine dauern seit nunmehr fünf Monaten an. Das Urteil der Bundesbürger zur deutschen Ukraine-Politik fällt im Vergleich zu Juni etwas zurückhaltender aus, die Stimmungslage hat sich aber nicht grundsätzlich gewandelt. Das Ausmaß der Unterstützung der Ukraine mit Waffen halten vier von zehn Deutschen (39 Prozent, -3 zu Juni) nach wie vor für angemessen. Gut jeder Fünfte (23 Prozent, -6 zu Juni) kritisiert die Waffenlieferungen als nicht weitreichend genug, während sie mittlerweile jedem Dritten (32 Prozent, +9) zu weit gehen. Als zu weitgehend empfinden vor allem die Anhänger der AfD den Umfang der Waffenlieferungen, während viele Anhänger von FDP und Grünen auch weiterreichende Waffenlieferungen unterstützen würden.



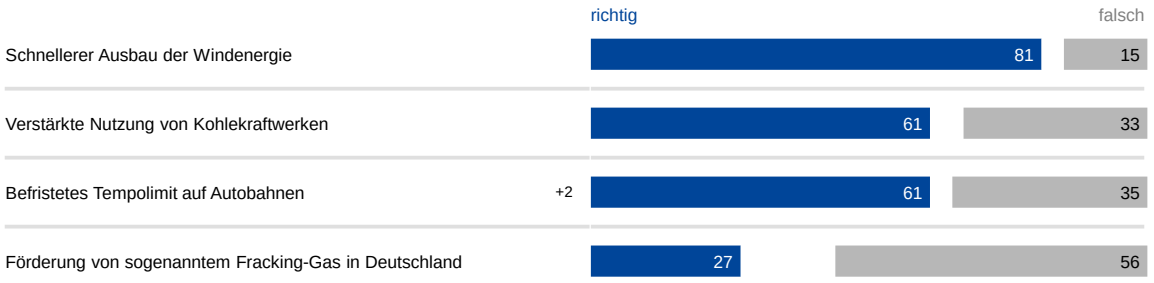
Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland werden nach wie vor nur von einer Minderheit als zu weitreichend abgelehnt (21 Prozent), die im Vergleich zu Juni jedoch gewachsen ist (+6). Für jeden Dritten (34 Prozent, -3) sind die Sanktionen im derzeitigen Umfang angemessen, für ähnlich viele (37 Prozent, -4) gehen sie aktuell noch nicht weit genug. Große Unterstützung erfahren die Sanktionen von den Anhängern der Koalitionsparteien. Die Anhänger der AfD stehen den Sanktionen dagegen kritisch gegenüber. Stärker noch als im Juni (47 Prozent) empfinden sie deren Umfang als zu weitreichend (67 Prozent).

Große Mehrheit unterstützt Ziel der Energie-Unabhängigkeit von Russland



Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, Deutschland unabhängig von russischen Energie-Importen zu machen. Dieses Ziel wird von einer breiten Mehrheit der Bundesbürger unterstützt: 71 Prozent finden es richtig, 24 Prozent falsch. Einig ist man sich darüber in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften mit Ausnahme der AfD: hier halten zwei Drittel das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel für falsch. Insgesamt genießt das Ansinnen der Bundesregierung im Osten des Landes (54 Prozent) weniger Unterstützung als im Westen (76 Prozent), aber auch im Osten steht damit eine Mehrheit hinter diesem Ziel.

ARD-DeutschlandTREND August 2022
Energiepolitische Maßnahmen



Im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und seinen wirtschafts- und energiepolitischen Folgen für Deutschland wird über verschiedene Maßnahmen diskutiert. Geben Sie bitte zu den folgenden Maßnahmen an, ob diese aus Ihrer Sicht richtig oder falsch sind.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zum ARD-DeutschlandTREND im Morgenmagazin Juli 2022
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

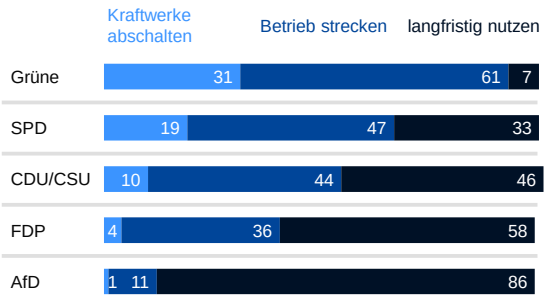
Auf welchen Wegen die durch fehlende Importe entstehende Energielücke am besten zu schließen wäre, ist in der Bevölkerung umstritten. Einig ist man sich beim schnelleren Ausbau der Windenergie, der von 81 Prozent begrüßt wird. Auch ein befristetes Tempolimit auf Autobahnen (61 Prozent) und eine verstärkte Nutzung von Kohlekraftwerken zur Energieerzeugung (61 Prozent) wird von vielen Bundesbürgern unterstützt. Beide Maßnahmen erfreuen sich insbesondere bei älteren Bürgern großer Beliebtheit, während Jüngere eher auf Distanz dazu gehen. Eine mögliche Förderung von Fracking-Gas in Deutschland stößt – unabhängig vom Alter – bei mehr als der Hälfte der Bundesbürger (56 Prozent) dagegen auf Ablehnung. Nur ein Viertel der Deutschen (27 Prozent) hält diesen Vorstoß für eine gute Idee.

Weiterer Umgang mit der Atomkraft in Deutschland bleibt umstritten

ARD-DeutschlandTREND August 2022

Weitere Nutzung der Atomenergie

Parteianhänger

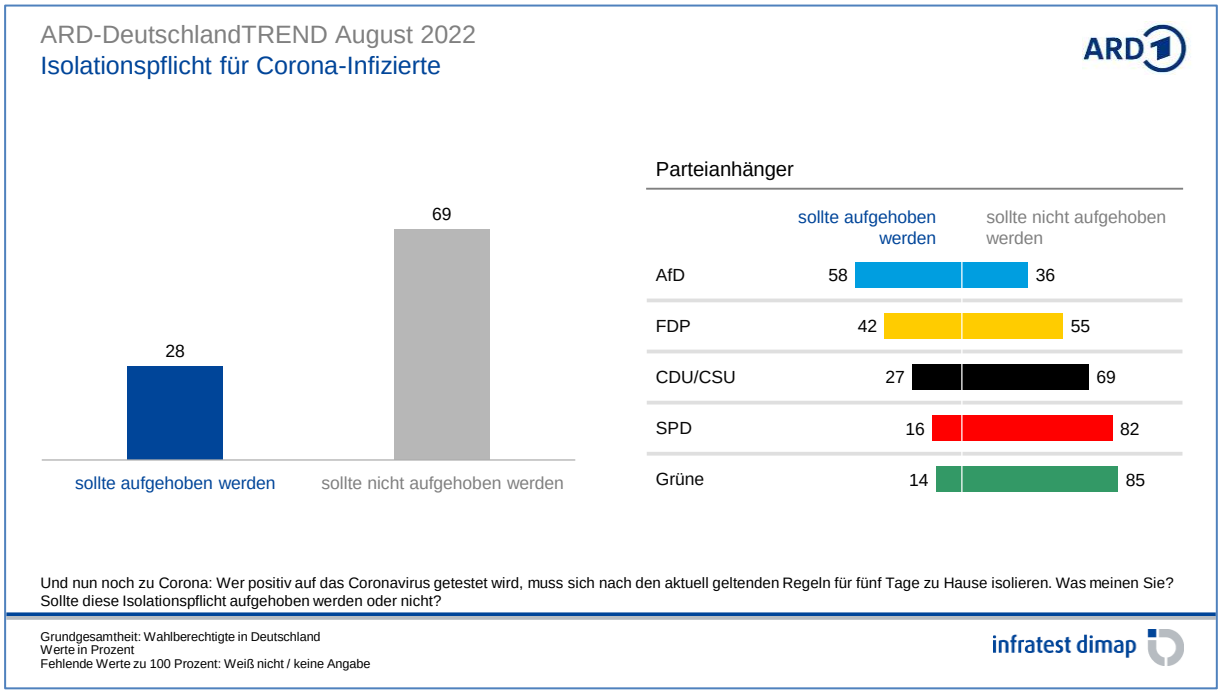


Auch über die weitere Nutzung der Atomenergie wird diskutiert. Sollen die letzten drei Atomkraftwerke wie geplant zum Jahresende abgeschaltet werden, soll der Betrieb dieser drei Kraftwerke um einige Monate gestreckt werden oder soll Deutschland Atomenergie auch langfristig nutzen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Auch über die weitere Nutzung der verbleibenden deutschen Atomkraftwerke ist in Anbetracht möglicher Energieengpässe eine Diskussion entbrannt. Die Kraftwerke wie geplant zum Jahresende abzuschalten, befürworten aktuell nur 15 Prozent der Wahlberechtigten. Den Betrieb um einige Monate zu strecken, können sich 41 Prozent vorstellen. Ebenso viele (41 Prozent) stehen aber auch einer längerfristigen Nutzung der Atomenergie offen gegenüber. Gegen eine längerfristige Nutzung der Atomkraft sprechen sich insbesondere die Anhänger der Grünen aus. Die Anhänger der FDP, mehr noch die AfD-Anhänger, können sich dagegen auch eine längerfristige Nutzung vorstellen.

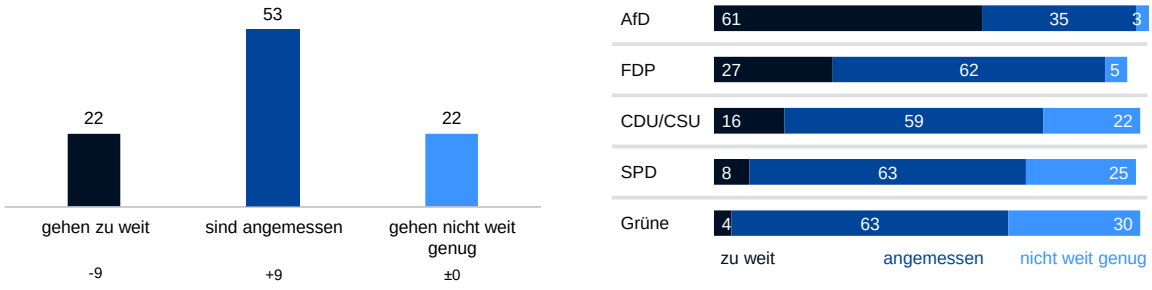
Mehrheit möchte Isolationspflicht für Corona-Infizierte beibehalten



Innenpolitisch drängt der Umgang mit der Pandemie angesichts hoher Corona-Infektionszahlen wieder auf die Tagesordnung. In Nachbarländern wurde die Isolationspflicht bei einem positiven Coronatest zuletzt aufgehoben. In Deutschland ist derzeit noch eine häusliche Isolation von fünf Tagen vorgeschrieben. Nach Einschätzung vieler Bundesbürger sollte es auch dabei bleiben (69 Prozent). Nur gut jeder Vierte (28 Prozent) spricht sich derzeit für eine Aufhebung der geltenden Isolationsregeln aus.

ARD-DeutschlandTREND August 2022

Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie



Sind aus Ihrer Sicht die geltenden Corona-Maßnahmen in Deutschland alles in allem angemessen, gehen sie zu weit oder gehen sie Ihnen nicht weit genug?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Februar 2022
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Insgesamt werden die derzeit geltenden Corona-Maßnahmen von gut der Hälfte der Deutschen (53 Prozent) als angemessen bewertet. Für jeden fünften (22 Prozent) gehen sie in Anbetracht des aktuellen Infektionsgeschehens nicht weit genug, für ebenso viele (22 Prozent) zu weit. Im Vergleich zu Februar, als in Deutschland noch strengere Maßnahmen galten, ist vor allem der Anteil derer gesunken, die die geltenden Corona-Auflagen als zu weitreichend empfinden (-9), während deutlich mehr Bundesbürger als noch im Februar (+9) die aktuellen Regelungen als angemessen empfinden. Unverändert zu Februar ist der Anteil derer, die schärfere Regeln zur Eindämmung der Pandemie fordern.

ARD–DeutschlandTREND August 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Dr. Stefan Merz	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.313 Befragte (858 Telefoninterviews und 455 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	01. bis 03. August 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Dr. Stefan Merz	030 533 22-0